

Wichtiges:
Merkmale: 2. - 22. Monat 2. - 22.
frei im Haus, wenn zahlbar. Vor-
bezug: Monats 2. - 22. 22. 22.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 19. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54.

Vor dem Kriegsende mit Frankreich.

Obwohl anerkannt wird, daß das Friedensabkommen von der Pariser Volksvertretung ratifiziert wird, und zwar wahrscheinlich Freitag abend oder Sonnabend früh, wird doch die Zahl der Kammermitglieder, die gegen den Antrag stimmen werden, immer größer.

Nicht kein Mensch ist mit dem Abkommen einverstanden, und besonders die finanziellen Bedingungen werden fortwährend kritisiert. Die Erklärungen von Riss, daß Frankreich im Zusammenhang mit den Wechselkursen Sondermaßnahmen bezüglich der Einfuhr treffen müsse, werden allgemein sehr kritisch betrachtet. Clementel hat erklärt, daß man alle Kräfte dafür anspannen müsse, von Amerika eine Veränderung seiner Ansichten bezüglich der alliierten Missionen zu erzielen, die sich mit dem Geschäftsgang in Deutschland zu befassen haben.

Die Arbeiten des Wirtschaftsrates.

Wie der „Telegraph“ aus Brüssel meldet, wird sich der Oberste Wirtschaftsrat, der am Sonnabend in Brüssel zusammentritt, u. a. mit folgenden Gegenständen befassen: Wirtschaftliches Zusammenarbeiten nach dem Friedensschluß, Blockade Ungarns und des bolschewistischen Rußlands, Handel zwischen Desterreich und Ungarn und Lebensmittelversorgung beider Staaten, Handel zwischen Deutschland und Desterreich, Durchfuhr durch Deutschland nach Ungarn und dem bolschewistischen Rußland, Verteilung und Benutzung des feindlichen Schiffsraumes, Benutzung des Adriahafens, Verkehr auf Donau, Rhein und Elbe, Schiffsraum für die Lebensmittelversorgung der Lischowslawalei, Benutzung von Antwerpen als Ausfuhrhafen für Deutschland.

Ferner werden folgende Fragen zur Beratung kommen: Weitere Lebensmittelversorgung Mitteleuropas, Kohlenlieferungen an Italien und Serbien und die durch Deutschland an Frankreich zu leistenden Lieferungen, Getreidefrage, die finanziellen Beschränkungen in Deutschland, Beschlagnahme von Geld und Werten in Desterreich, Bezahlung der gelieferten Lebensmittel, die Kriegsgefangenen, besonders ihre Heimbesonderung, die russischen Gefangenen in Deutschland, die Verhältnisse in Süd- und Osteuropa und die Verwaltung der besetzten Gebiete.

Die Schweizer Urabstimmung.

Bern, 19. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das Resultat der Urabstimmung in den Sektionen der Schweizer sozialistischen Partei, wie es von den Agenturen Havas, Stefani und Wolff verbreitet wurde, ist ungenau. Das offiziell von dem die Abstimmung überwachenden Parteimitglied veröffentlichte Resultat ist folgendes: Der Eintritt in die dritte Internationale ist abgelehnt mit 14 364 gegen 8599 Stimmen.

Danach ist das Wahlergebnis für die Anhänger der dritten Internationale noch ungenügend.

Völkerbundsvertrag einst und jetzt.

Nach einer Meldung aus Washington vom 18. hat Bullitt im Laufe seiner Erklärungen in der Senatskommission ein Exemplar von Wilsons ursprünglichem Völkerbundsvertrag überreicht, das von Wilson eigenhändig auf seiner eigenen Schreibmaschine geschrieben war. Dies Exemplar hat Bullitt seinerzeit von Oberst House erhalten. Bullitt erklärte noch, daß Lansing, White und Bligh ihre Meinung über den Friedensvertrag so deutlich wie nur möglich ausgesprochen haben und daß ihre Ansichten darüber nicht weniger als begeistert waren.

Keine Veränderungen im Kabinett.

Von gut informierter Seite erfahren die „P. P. N.“, daß die auch von der „Freiheit“ wiedergegebene Notiz der „Freien Zeitung“ über bevorstehende Veränderungen im Reichskabinett, soweit sie sich mit speziellen Angaben befaßt, nichts weiter ist als das Produkt einer mühsigen Stunde der jetzt noch geltenden politischen Ferienzeit. Was aber das grundsätzliche Problem des Wiedereintritts der Demokraten in die Reichsregierung betrifft, so ist hierzu heute nichts neues zu sagen.

Annahme der Ententeforderung. Der Ausschuss der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten hat in seiner Sitzung am Dienstag zur Forderung der Entente noch Unterzeichnung des Protokolls zur Wichtigkeitserklärung des Artikels 61 der Reichsverfassung zugestimmt. Die Reichsregierung wird der Entente durch den Reichsersten v. Versner mitteilen lassen, daß Deutschland ihren Wünschen nachkommt. Der parlamentarische Ausschuss beschäftigte sich auch mit der Frage des künftigen Staatssekretariats, das im Auswärtigen Amt neu geschaffen werden soll. Eine Entscheidung über diese Frage wird erst das Plenum der Nationalversammlung treffen.

Wahlergebnis in Paris. Der polnische Ministerpräsident Paderewski ist am 4. September in Paris eingetroffen. Zunächst soll die polnische Ostgrenzenfrage auf der Friedenskonferenz zur Entscheidung kommen.

Ruhe in Köln.

Aus Köln wird den „P. P. N.“ gemeldet: In Köln ist seit gestern, nachdem aus Kolberg und Stolz Truppen in die Stadt eingerückt sind und die öffentlichen Gebäude und den Bahnhof besetzt haben, Ruhe eingetreten. Nach Vereinbarung der beiden sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaftsführer mit den militärischen Kommandostellen wird das Militär zwar zurückgezogen, aber so gelegt, daß es jederzeit erreichbar ist. Der Sicherheitsdienst in der Stadt wird durch eine aus Bürgern aller Kreise bestehende Ordnungswacht ausgedeckt.

Die Lage in Braunschweig.

Wie die „P. P. N.“ aus Braunschweig erfahren, ist dort der gestrige Tag ruhig verlaufen. Im übrigen sind die Zeitungsberichte über die dortigen Unruhen als fast übertrieben zu bezeichnen.

Gegen den Schleichhandel in Oberschlesien.

In einer Versammlung der Arbeiterdeputierten der Gewerkschaften der Gleitwägenwerke wurde folgende Resolution angenommen:

Der Abgeordnete Decker-Gleitwägen wird beauftragt, durch eine Interpellation in der Nationalversammlung dahin zu wirken, daß dem Schleichhandel und Schiebertum in Oberschlesien in der Weise entgegenzutreten ist, daß in allen Fällen bei Uebertretung der Höchstpreise der tausendfache Betrag als Strafe zu erwirken ist. Jeder, der eine solche Uebertretung zur Anzeige bringt, hat durch gesetzliche Regelung 25 Prozent von der Strafe als Prämie zu beanspruchen. Bei Nichtbeitreibung des Geldes tritt entsprechende Zuchthausstrafe ein.

Saarbrücker Bergarbeiterdemonstration.

Wie die „P. P. N.“ aus Saarbrücken erfahren, handelte es sich bei dem großen Festzug der Bergleute am Sonntag um eine Feier zum Gedenktage der ersten großen Bergarbeiterversammlung auf dem Wilsdorf im Streikjahr 1890. Der gewaltige Festzug, dessen Vorbereitungen eine volle Stunde dauerte, bewegte sich zwei Stunden durch die Hauptstraße. Etwa 30 Musikkapellen spielten vaterländische Weisen, dagegen durften keine Fahnen im Zuge getragen werden. Die Genehmigung der Besetzungsbefehle war erst im letzten Augenblick erteilt worden, als feststand, daß die Bergarbeiter den Umgang unter allen Umständen durchsetzen würden.

Berlin macht Schule.

Die lieblichen Sitten, die sich neuerdings in Berlin bei Stadterordnungsitzungen geltend machen, scheinen ansehnend zu wirken. So wird aus Stettin gemeldet:

Die Stadterordnungsversammlung wurde von demonstrierenden Magistratsbeamten gesprengt. Sie hatten die Tribünen des Sitzungssaales besetzt und forderten von dort aus mündliche Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister wegen ihrer Gehaltsforderungen. Dabei kam es zu derartig lärmenden Kundgebungen, daß die Sitzung aufgehoben werden mußte.

Demgegenüber muß auf das entschiedenste das unbedingte Tagungsrecht der Parlamente betont und durchgesetzt werden.

Dänische Arbeiter für deutsche Kinder.

Dänische Arbeiter haben sich in Klassenolidarität der armen unterernährten Kinder ihrer deutschen Brüder angenommen und mit schneller Hilfsbereitschaft 700 deutsche Arbeiterkinder aus Berlin, Leipzig und Chemnitz ins Land geholt, damit sie der Winter gestärkt und gekräftigt findet. Am 24. sollen noch 192 Kinder aus Berlin und am 28. noch 200 weitere aus Halle, Zwickau und Plauen dazukommen.

Alle diese Kinder werden in dänischen Arbeiterfamilien untergebracht. Ein Telegramm der sozialdemokratischen Lehrer in Breslau hat um die weitere Unterbringung von 120 blutarmer Kindern. Auch diese hofft man unterzubringen, und manche Kinder werden über die im allgemeinen abgemachte Zeit von 4 Wochen im Lande bleiben können.

Dieser schöne Beweis echter Völkerbrüderlichkeit wird das Freundschaftsbündnis zwischen deutschen und dänischen Arbeitern noch enger knüpfen.

Dockarbeiterstreik in Hull. Aus London wird gemeldet, daß infolge des gleichzeitigen Streiks von 5000 Dockarbeitern in Hull 130 Schiffe untätig in den Docks liegen, wodurch große Mengen von Lebensmitteln dem Verderben preisgegeben werden.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Konparetzeile kostet 1,50 RM. „kleine Anzeigen“. Das Zeitgedruckte Wort 40 Pfg. (unabhängig vom Zeitgedruckten Wort), jedes weitere Wort 30 Pfg. Stellenanzeigen und Schließelanzeigen das erste Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Leasingausschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen 1,50 RM. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW. 68, Emdenstraße 2, abgegeben werden. Gehalt von 5 Uhr (schon bis 5 Uhr abends).

Der Mut zur Wahrheit!

Von H. Kerschheim - Paris.

Der Name des französischen Gewerkschaftsführers Kerschheim ist in der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung aller Länder schon lange vor dem Krieg bekannt gewesen. Auch während des Krieges ist er als sogenannter „Kienthaler“ hervorgetreten. Damit ist zugleich betont, daß er sicherlich nicht zu den Freunden der deutschen Wehrheitssozialdemokratie gehört. Um so wertvoller und unbezweifelbarer sind aber die folgenden Ausführungen, die er als Wortführer zu einer jüngst in der Broschüre erschienenen Rede von ihm über „Die wirtschaftliche Revolution“ schrieb, und deren Uebersetzung wir dem Genossen R. Riecke-Banlaw, einem in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch in den deutschen sozialistischen Vereinen in Paris tätigen Parteimitglied, verdanken. Jeder deutsche Arbeiter sollte die hervorragenden Gedanken Kerschheims lieber zweimal als einmal lesen. Man Kerschheim als „Kienthaler“ mit dem radikalen Flügel der deutschen Arbeiterchaft mehr sympathisieren als mit unserer Richtung, er hat im Folgenden ein vernünftiges Urteil über die unabhängige und kommunistische Demagogie gefällt:

Als ich am 19. Januar dieses Jahres in Corbeil ankam, dachte ich nicht daran, daß man die Ausführungen, die ich in der dortigen Metallarbeiterversammlung machen sollte, stenographieren würde. Als ich dann das Stenogramm der Rede sah, zögerte ich lange, bevor ich einer Veröffentlichung zustimmte.

Es bedurfte der unausgesetzten und freundlichen Einwirkung meines Freundes Dulot, um mich zu veranlassen, sie im Monat Mai in der „Information Durière et Sociale“ erscheinen zu lassen. Nicht als ob diese Rede auch nur das Mindeste enthielte, das mich genieren könnte, im Gegenteil; aber ich fürchte, daß infolge der gegenwärtigen Vertirrung der Geister, infolge des herrschenden Skeptizismus und in dem Durcheinander der Gemüter meine Ausführungen nicht verstanden werden würden.

Ich habe jedoch ohne weitere Vorbereitung, ebenso wie in Corbeil, dieselbe Rede in Amiens, in Agen, in Albi, in Lyon und noch in vielen anderen Städten gehalten und mich überführt, daß gerade das Gegenteil der Fall ist.

Von zahlreichen Kollegen, und insbesondere von solchen aus den Reihen der Eisenbahner und auch aus verschiedenen Organisationen erhielt ich Zuschriften, in denen verlangt wurde, daß ich die Rede als Broschüre veröffentlichen sollte, weil sie sich gerade mit den Dingen beschäftige, welche die organisierte Arbeiterchaft gegenwärtig hauptsächlich interessieren. Doch nicht allein, um den Wunsch meiner Freunde zu entsprechen, habe ich mich schließlich zur Veröffentlichung bereit erklärt, sondern vor allem weil wir uns in einer entscheidenden Stunde befinden, in einem Moment, wo wir in der Arbeiterbewegung Tätigen den Mut haben müssen, zu sprechen; weil wir uns nicht von der unorganisierten Masse, von der effizienten Menge beherrschen und mitreißen lassen dürfen, die durch die Not auf die Straße gestoßen wurde und nun einfach die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse mit Hilfe von Lohnerbhöhungen verlangt.

Die Führer in der Arbeiterbewegung schulden der Masse die Wahrheit, die volle Wahrheit. Selbst wenn diese Wahrheit ihnen den Haß und die Verleumdung einträgt und wenn es selbst ein unbegrenzter Haß ist, dem sie sich aussetzen. Das alles darf uns nichts bedeuten.

Der Moment ist gekommen, uns der Rede von Jaurès an die Jugend zu erinnern, als er ihr den Mut erläuterte, den jeder Mensch im Leben haben und in die Praxis umsetzen sollte.

„Mut bedeutet“, sagte er ihnen, „die Wahrheit zu suchen und zu sagen; Mut bedeutet, sich nicht dem Geiz der triumphierenden vorüberziehenden Lüge zu beugen und unsere Seele, unseren Mund und unsere Hände nicht zum Echo törichtem Beifalls und fanatischen Gescheis zu machen.“

Nun ist es aber eine Wahrheit für alle diejenigen, welche denken können, daß auf die Unrast, von der die Massen durchrüttelt werden, alle einzig und allein auf die Erhöhung der Löhne hinauslaufenden Lösungen nicht nur ohne Einfluß sind, sondern auch im absoluten Gegensatz zu den natürlichen wirtschaftlichen Gesetzen stehen. Es ist unabwendbar, die gegenwärtige Form der Güterproduktion und -Verteilung völlig umzuformen, wenn man eine wirkliche und dauerhafte Besserung erzielen will und man kann und soll dazu gelangen durch die Macht der Organisation.

Zur Stunde wird jede durch die Arbeiter errungene Lohnerbhöhung unmittelbar bez-

folgt von einer mindestens gleichwertigen, meist jedoch noch höheren Steigerung der Lebenshaltung.

Es ist gegenwärtig so leicht, den Beifall der Massen zu erringen, wenn man ihren natürlichen Instinkten schmeichelt.

Seit der Kriegserklärung war die der Presse von den Regierenden übergebene Parole: „Ihr müßt die Säule des Staates sein“ und die Presse hat seit fünf Jahren nicht einen Augenblick aufgehört, den Satz zu jenen. In der Lüge und im Haß, im individuellen Egoismus, den man nach Möglichkeit ermutigte, und der nach Kräften betriebenen Aufweitung persönlicher Begierden hat man die Kraft zur Verlängerung des Krieges gefunden und es verstanden, diese Verlängerung durch die arbeitenden Massen abgebeten zu lassen. Herz und Hirn der einzelnen Individuen ist erfüllt von Egoismus und Haß und von nichts als Haß. Das erzeugt einen tiefen Skeptizismus und Egoismus und eine merkbare Abkühlung des moralischen Empfindens, die wiederum den Glauben erweckt, daß eine unaufhörliche Erhöhung der Löhne auch eine Verdrückung des einzelnen bedeute.

Deshalb jauchzen auch die Massen, wenn man ihnen von einer Erhöhung der Löhne spricht und ihnen anrät, ihre Produktion nicht zu erhöhen oder sie gar zu beschränken. Es ist leicht, frenetischen Beifall zu ernten, wenn man den Versammlungsbesuchern erzählt, daß Güter in Ueberschüssen da seien und daß jeder ohne Einschränkung verzehren, seinen Wohlstand erhöhen und Löhne durchsetzen könne, die es ihm ermöglichen würden, seine persönlichen Wünsche und Ansprüche an das Leben erfüllt zu sehen, ohne die Gütererzeugung steigern zu müssen.

Welches auch der Redner sein möge, der so zur Masse spricht, er ist sicher, damit ungeheuren Beifall zu erzielen. Es ist der Instinkt der Masse, dieser reichenden Bogen der Straße, der darin triumphiert; denn er kennt nur einen Gedanken: Soffen, und somit laßt er auch die Produktion und in naturnotwendiger Folge auch die Arbeit. Das ist ihr Wert, ihr Herr von der Regierung und ihr Herren Journalisten! Das ist das Resultat fünfjähriger unaufhörlicher Lüge und des ununterbrochenen Aufruhrs zum Haß gegen die Wahrheit.

Aber man täusche sich nicht. Der Rückschlag wird eintreten und die Begeisterung dieser selben Masse wird abflauen. Sie wird wieder in ihre alte Gleichgültigkeit zurückfallen, ohne jeglichen Anhalt und ohne Macht, wird irgendeiner Diktatur zum Opfer fallen, der Diktatur eines Csar oder einer Reaktion, welche die Zivilisation nur wiederum zurückdrängen wird.

Deshalb müssen alle wahren Freunde der Arbeiterklasse gegenwärtig den Mut haben, sich nicht von ihren Organisationsprinzipien abdrängen und durch jene Masse beherrschen zu lassen. Sie sollen ihr sagen, unempfindlich für alles Geschrei und alle Verleumdung, daß diejenigen, die da behaupten, es sei angängig, viel zu verzehren und wenig zu erzeugen, die Arbeitermassen täuschen und ihnen eine Zukunft unsäglicher Leiden und Entbehrungen vorbereiten.

Mut heißt es, der Masse zu sagen, ihr es immer wieder einzuprägen, daß jeder einzelne zu gleicher Zeit Erzeuger und Verbraucher und daß die unaufhörliche Weiterentwicklung der Erzeugung unbedingt nötig ist. Daß es schon nicht möglich ist, die gewöhnlichen natürlichen Bedürfnisse jedes einzelnen zu befriedigen, ohne in normaler Weise zu produzieren und daß somit unumgänglich daran gedacht werden kann, den allgemeinen Wohlstand zu erhöhen, wenn man nicht zu gleicher Zeit im Allgemeininteresse die produktive Leistung des einzelnen steigert.

Mut heißt es, laut hinauszurufen, daß die rein poli-

tische Revolution, die den Geist der Massen umwehelt, unfähig ist, das soziale Problem, dessen beschleunigte Lösung der Krieg unabwendbar gemacht hat, auch wirklich zu lösen.

Mut ist es, der Masse immer und immer wieder zu sagen, daß die Revolution, die vorbereitet werden muß, die wirtschaftliche Revolution ist, und daß diese nicht in der Straße durchgeführt werden wird durch eine entfesselte, nicht denkfähige Menge, die nur zerstört aus Lust an Zerstörung und Blindheit.

Dah dagegen in der Wirklichkeit eine wirtschaftliche Revolution ihre Kraft in der Arbeit findet und sich stärkt, orientiert und erfüllt durch eine verstärkte Gütererzeugung auf den Feldern, in den Werkstätten und Fabriken, durch eine verbesserte Anwendung aller wissenschaftlichen und sonstigen Produktionsmethoden.

Und weil man in der gegenwärtigen Zeit niemals genug diese Wahrheiten der Masse erzählen und wiederholen kann, deswegen habe ich mich mit der Veröffentlichung dieser Broschüre einverstanden erklärt.

Der Beamteneid.

In der „Kreuzzeitung“ hat der zur Disposition gestellte Oberpräsident von der Schulenburg eine längere Ausführung zur Frage des Beamteneides veröffentlicht. Der feudale Herr vertritt die Anschauung, daß von den preussischen Staatsbeamten unmöglich der Eid auf die Verfassung des neuen Reichs gefordert werden könne. Denn der dem Könige von Preußen geleistete Eid sei unablässig und auch durch einen Thronerzitz des Königs nicht zu beseitigen. Im übrigen — so meint dieser über-eifrige Königsdiener — gäbe es jederzeit einen König von Preußen, zum mindesten solange nicht das letzte Mitglied des Hauses Hohenzollern ausgestorben sei.

Wir sind nicht in der Lage, uns mit der verschwommenen monarchischen Mystik des einstigen Oberpräsidenten auseinanderzusetzen. Wir wissen aber — und wollen dies so klar wie irgend möglich zum Ausdruck bringen —, daß von jedem Beamten der deutschen Republik gefordert werden muß, daß er den neuen Macht- und Rechtsverhältnissen den Respekt entgegenbringt und zugleich den unbedingten Willen äußert, gemäß den Grundsätzen des neuen Reichs sein Amt zu verwahren. Dies und nichts anderes oder soll durch den Eid auf die Verfassung zum Ausdruck kommen. Mag der Beamte als Privatmann oder auch in seinen theoretischen Anschauungen immerhin ein Monarchist sein und bleiben, als Beamter hat er gemäß der neuen Verfassung zu handeln, hat er diese Verfassung zu erfüllen und zu schützen.

Den Beamten aber, die gleich dem Herrn von der Schulenburg den einst dem Könige von Preußen geleisteten Eid als eine Art Ausräuber vor sich schweben lassen, sei in Erinnerung gebracht, daß der einstige Kaiser und König von Preußen in der Abdankungsurkunde vom 28. November 1918 alle ihm geleisteten Treueidee ausdrücklich aufgehoben hat. In der Urkunde heißt es:

Jugleich entbinde ich alle Beamte des Deutschen Reichs und Preußens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preussischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Reichs, den sie mir als ihrem Kaiser, König und obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich eruarze von ihnen, daß sie bei der Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.

Der letzte Satz sollte übrigens dem überkaiserlichen Schulenburg zu bedenken geben, daß die Drohungen, die er am Schluß seines „Kreuzzeitungs“-Artikels ausstößt — die Beamten könnten die Eidesverweigerung schon riskieren, weil ohne sie der Staatsapparat im Sandumdröhen stillstehen würde —, nicht gerade im Sinne seines einstigen kaiserlichen Herrn liegen. Was die Drohung selbst betrifft, so

dürften die Beamten, die ihr folgen wollten, sich gehörig in die Knieen legen. Soviel Verstand, wie notwendig ist, um die meisten dieser Kempter auszufüllen, werden die entschlossenen Vertreter der neuen Reichsverfassung noch immer und recht schnell aufzubringen vermögen.

Unbegründete Krisengerüchte.

Unter der Ueberschrift „Konflikte in der S. V. D.“ schreibt eine hiesige Lokalkorrespondenz folgendes:

Die durch den Fall Reinhard entstandenen Differenzen zwischen dem Reichswehrminister Roske und der Redaktion des „Vorwärts“ scheinen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei weitere Kreise zu ziehen. Auf der einen Seite steht der von einem Teil der Parteigenossen gestützte Minister, während die Zahl seiner Gegner innerhalb der Sozialdemokratischen Partei von Tag zu Tag wächst. Ein Teil der führenden Sozialdemokraten verhält sich noch abwartend, ohne, wie Scheidemann dies bereits getan hat, offen vorzugehen. Das Eingreifen des früheren Ministerpräsidenten in den Kampf des „Vorwärts“ gegen die Militärpartei hat jedoch in weiten Kreisen der Sozialdemokratie zu Ungunsten Roskes zugenommen. Es kann nicht geleugnet werden, daß es zwischen dem „Vorwärts“ und dem Reichswehrminister Roske zu einer starken Spannung gekommen ist, die anscheinend ihren Gipfelpunkt erreicht hat. Bereits am vorigen Mittwoch hat der Parteivorstand eine längere Unterredung mit Roske gehabt, in der die Fälle Reinhard, Leutnant Bieweg und die Vorgänge im Baltikum sehr eingehend besprochen worden sind. Es scheint jedoch, als ob in dieser Konferenz eine Einigung erzielt worden ist. Im Gegenfall hierzu erfahren wir von gut unterrichteter Seite, daß ein großer Teil der Parteifunktionäre auf dem Standpunkt steht, daß die Angelegenheit „Vorwärts“-Roske vor ihr Forum gehöre, und daß eine definitive Klärung innerhalb der Parteioptionen erfolgen müsse. Wie wir weiter hören, ist man an die Bezirksorganisation Groß-Berlin herangetreten und hat die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung in nächster Zeit gefordert. In dieser Generalversammlung soll das sehr umfangreiche Material der „Vorwärts“-Redaktion, das sich auf die oben erwähnten Fälle bezieht, vorgelegt und dort erörtert werden. Der Reichswehrminister soll in dieser Generalversammlung Gelegenheit finden, seine Haltung zu rechtfertigen und in einer Aussprache mit der Redaktion des „Vorwärts“ zu verteidigen.

Es handelt sich bei dieser Notiz um Kombinationen, die angesichts des vom „Vorwärts“ gegen gewisse militärische Auswüchse geführten Kampfes verständlich, aber durchaus nicht begründet sind. Insbesondere besteht ein Konflikt zwischen Roske und der „Vorwärts“-Redaktion, sowie er hier dargestellt wird, nicht. Alle vorkommenden Fälle sind bisher von uns mit dem Reichswehrminister in durchaus kameradschaftlicher Weise besprochen worden. Das wird sich auch in der Folge nicht ändern.

Steuerhärten für Kriegsteilnehmer.

Wir haben bereits auf die Härten hingewiesen, die sich aus der Einkommensteueranlagung für heimgekehrte Kriegsteilnehmer ergeben. Wie groß die Erbitterung über die Ungerechtigkeit ist, die sich dagegen geltend macht, daß Kriegsteilnehmer härter von den Steuern betroffen werden als Daheimgebliebene, das kennzeichnet treffend eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

„Daß wir Kriegsteilnehmer um die Steuerzahlung nicht herumkommen, wissen wir sehr wohl. Aber es trifft uns schwer und verbittert ganz gewaltig, daß wir unser Einkommen, welches wir vorzugsweise im folgenden Jahre haben, versteuern sollen, während Arbeitskollegen mit gleichem Einkommen, die aber vom Kriege nichts gesehen haben und daheim waren, ganz erheblich weniger Steuern zu zahlen brauchen, da sie ihr vorjähriges Einkommen versteuern. Schlägt dies nicht Recht und Sitten ins Gesicht? Haben wir dem Vaterland noch nicht genug geopfert, daß wir auch noch in finanzieller Hinsicht geschöpft werden müssen? Das läuft ja geradezu auf eine Bestrafung der Feldzugsteilnehmer hinaus.“

Es wäre tatsächlich an der Zeit, daß sich das Reichsfinanzministerium dazu äußert, ob und wie es diese schreiende Härte der Steuerleggebung zu beseitigen gedenkt.

Zu Schiff aus der Tschechoslowakei.

Von Richard Bernke.

Nordens noch im schönen Teplitz vor der Wand des Erzgebirges. Komisch die Fahrweise der Elektrischen; alte Wiener Zettel, als man noch 14 Heller bezahlte, und Villotts für Alexandrien und Aizra, türkisch, arabisch und französisch — jedenfalls deutsch-böhmisches Druckerzeugnis, das nicht mehr abgeliefert werden konnte.

Mittags nach einem Abschiedsmahl von der Tschechoslowakei in Bodenbach auf dem Dampfer „300 Proz. Ausschlag“ stand auf den Fahrkarten. Gegenüber sitzt das Schloß der ehemaligen Grafen Thun auf einem hohen Felsen, der eines schönen Nordens, als sein Besitzer in Wien regierte, die große weiße Inschrift „S 14“ trägt. Zwischen den grünen Bergen, an die sich die Dörfer lehnen, und über die schon die Sandsteinwände der sächsisch-böhmischen Schweiz hervorragen, gehts frommab. Inzwischen, der schönste Teil der Fahrt, auf den ich mich in Erinnerung an alte Fertigkeiten freute, der wird durch die Grenzplauderei langsamweg konzentriert. Und das ist eine durch nichts gerechtfertigte Gemeinheit, unter der die tschechoslowakischen Soldaten und Beamten genau so zu leiden haben wie Reisenden. Im sonnigen Nachmittag muß alles mit dem Handgepäck in die Kajüte hinunter, deren Sitzgelegenheiten nicht ausreichen und in der man trotz der laustenden Hitze während der endlos langen Bohrung nichts zu trinken bekommt. In der Burg zu Prag wird einem im Bohrbureau des Ministerpräsidentiums, also an der allerhöchsten Stelle, erklärt, daß man zur Ausreise aus dem Staate keine Bewilligung mehr brauche — aber wehe dem, der sie an der Grenze nicht hat. Sonst aber ist gegen die Grenzbur, auch in bezug auf das Gepäck, nichts Besonderes zu sagen. Man ist freilich bescheiden geworden gegenüber der allmächtigen Polizei, die die Grenzen im neuen freien Europa sperrt.

Heute sind auch die Geldvorschriften. Aus Deutschland darf man ohne besondere Bewilligung der Reichsbank-Devisenstelle nur ganze 50 M. ausführen, aus der Tschechoslowakei überhaupt kein Geld. War da auf dem Schiff eine junge Baltensland-Deutsche; die hatte den Krieg in Peterburg verbracht und die ganze Zeit nicht zu ihrer Familie können, denn es war ja die deutsche Front dazwischen. Sie reiste nach der Tschechoslowakei — über Rodlau, Ukraine, Rumänien, Ungarn, Deutschösterreich. Dazu brauchte sie die Kleinigkeit von drei Monaten, und es gab nichts zu essen, außer was sie auf Rote-Kreuz-Stationen erbeutete. Im übrigen sah man ihr das nicht an. Jetzt wollte sie nach Hause, hatte aber 500 M. mit und — keine Bewilligung. Nun war auf dem Schiff der russische Grenzoffizier der Tschechoslowakei, der offenbar

zur Kontrolle der über Deutschland zurückkehrenden Tschechoslowaken aus Rußland bestimmt ist. Die Eleganz der Uniform und ihres Trägers, die weiße Jade mit goldenen Achselstücken, bewies schon, daß er nicht etwa der Armees unterer alien Berliner Café Josty-Genossen Trohly angehörte. Vermutlich wird er die „Heimlehrer“, wie man drüben so schön sagt, auch auf bolschewistische Reimträgerchaft zu inspizieren haben. Und von diesem Russen erhielt das Mädchen einen Schein, der ihr die Tore der mit Kollischal und Denikin verbündeten Tschechoslowakei für ihre übrigen Scheine öffnete.

Höher war es einer Reichsdeutschen gegangen. Sie war in der Elbkael wochenlang eingesperrt gewesen, nach ihrer Angabe war sie wegen einer abfälligen Äußerung über tschechisches Militär unter Spionageverdacht gekommen. Ra schließlich, was braucht eine Deutsche ausgerechnet ins Kriegsgebiet zu fahren und dann auch noch ihrer Junge freien Lauf zu lassen? Jetzt schien sie nicht ganz freiwillig, wenn auch heilfro, den neuen Staat zu verlassen.

Andererseits konnte ein Berliner Kellner manches zum Lob der Tschechoslowakei sagen. Er hatte seine Mutter in Teschen besuchen wollen. Das ging nun ja nicht, denn auch da ist Kriegsgebiet, mit den polnischen Brüdern (deren Sprache dem einfachen Tschechen unympathisch ist und wegen ihrer Wechtheit als eine Kinderprache bezeichnet wird). Aber das Militärkommando in Oberberg hatte ihm gestattet, wenn auch unter Ueberwachung, drei Viertelstunden lang mit seiner Mutter zu telefonieren. Und auf seine Beschwerde gegen einen Bodenbacher Gendarmen, der sich Grenzübergriffe erlaubt hatte, war dieser entsetzt worden.

Als uns diese Geschichte erzählt wurde, wobei der Kellner auch seiner Bodenbacher Kino-Kausalschen Erwähnung tat, hatten wir die beiderseitigen Grenzschere schon hinter uns und konnten uns nur an den Resten der sächsischen Schweiz erlaben. Da war Reichen und Böhmen, da lag ein bewimpeltes Ausflugsschiff, und wir gedachten jenes Ausflugs, den der Dresdner Gewerkschaftsfongress 1911 herfür unternommen hatte, wo es damals schon einen sozialdemokratischen Bürgermeister gab und wo abends die Höfenfeuer stammten. Da stand hoch oben die Festung Königstein, auf der Belier und Lieblmecht nach 1871 ihre paar Jahre verbrumnten und der junge August die Zeit nutzte, um die Bücher des älteren Wilhelm zu lesen. 1887 schon gewählt, hatte er dazu vorher die Ruhe nicht gefunden. Jetzt hatte sie ihm das Reichsgericht verschafft.

Überall badeiten Kinder und Erwachsene, und besonders beliebt war es, unter den unheimlichen Schaufelrädern des Dampfers durchzutauschen.

Der Abend senkte sich hinter Pirna und Sebnitz, kühl wurde es auf dem von Ausflugskindern überdull gewordenen Schiff, und alle Farben spielten die Wasser der breit, doch gewunden hinfrö-

menden Elbe, die aus dem deutschen Riesengebirge tschechoslowakischer Fronten durch das böhmische Rügenland wieder hinaus ins Deutsche fließt. Im Mondlicht fliegen die Berge von Losawitz und Wlasowitz, Friedrich Schillerschen Andenkens, auf und nun schoben sich die Kuppeln und Türme und Paläste Dresdens heran. An der Weißhischen Terrasse landeten wir. Mit Windhelle lauchte ein junger Mensch durch die Straßen, den Kanten mit zentnerschweren Haffern, den er zum Bahnhoff jagte, schien er gar nicht zu spüren. Wir konnten ihm kaum folgen. Und fröhlich lachte der Arbeitstrafe, als einer ihm sagte: Wenn wir viel solche Menschen haben, geht Deutschland nicht zugrunde!

Notizen.

— Theater. Die Eröffnungsvorstellung des kleinen Schauspielhauses mit der Uraufführung von Harry Kahns „Arch“ ist nunmehr auf den 23. September festgesetzt worden. Da ein Hauptdarsteller unpäßlich wurde, hat der Autor selbst eine größere Rolle übernommen. — Walter Hasenclevers Komödie „Die Entscheidung“, die als Eröffnungsvorstellung der „Tribüne“ zur Uraufführung gelangt, erscheint im Verlage von Paul Cassirer, Berlin.

— Dichterabend. Am 30. September trägt Nora Reppler im Reister-Saal Dichtungen von Heinrich Heine, Rahim Gorki, Jean Paul und Leonid Andrejew vor.

— Musik. In der Heilig-Kreuz-Kirche veranstaltet der Organist Frid Schin ein Orgel-Konzert am 23. September, abends 8 Uhr, unter Mitwirkung der Berliner Vereinigung für Kirchenmusik. Eintritt frei gegen Vortragsfolge. — Die russischen Komödien von Erich Kästner gehen am 25. September, abends 8 Uhr, im Reister-Saal erstmals wieder in Szene. Das Programm lautet: Das Techtel, Das alte Dieb, Ein Roman in der Walschule.

— Richard Strauß hat eine Musik zu Calderons „Das große Welttheater“, das von Hugo von Hoffmannsthal übersetzt und bearbeitet wurde, komponiert. Die Uraufführung findet im nächsten Jahr bei den Festspielen in Salzburg statt.

— Lovis Corinth's „Waldsee“ ist für die Dresdner Galerie aus Mitteln der Pröll-Heuer-Stiftung angekauft worden. — Ueber die Volkshochschule im neuen Reich spricht Theodor Kappeler in einer durch den Magistrat Reußler veranstalteten Versammlung der Humboldt-Hochschule am 20. September, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Realschule, Robbinstr. 33 (unweit der Hermannstraße).

— Der Lehrgang für Sprechern, Reden, Vortragen im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht beginnt am 29. September.

— Zum Direktor der Lübecker Stadtbibliothek (gegr. 1620) wählte der hiesige Senat den Charlottenburger Bibliothekar Dr. Billy Pich, der unseren Lesern durch eine Reihe von sehr beachtenswerten Beiträgen näher bekannt geworden ist.

Der deutsche Achtstundentag.

In der französischen Kammer hat man sich über den deutschen Achtstundentag unterhalten. Von ministerieller Seite wird dort nämlich die Behauptung aufgestellt, der deutsche Achtstundentag stände nur auf dem Papier; in Wirklichkeit werde in Deutschland zehn Stunden gearbeitet.

Der französische Arbeitsminister meinte, die Mehrheit der französischen Industriellen habe den Achtstundentag sofort angewandt. Man sage, in Deutschland arbeite man 8 oder 10 Stunden.

Der sozialistische Abgeordnete Bressmann ruft dagegen: „Diese Frage ist von Bedeutung. Der Handelsminister Clement hat ein Plakat anhängen lassen, in dem gesagt werde, Deutschland wende den Achtstundentag nicht lokal an.“

Der Abgeordnete Bazane Weiller, der aus Deutschland zurückgekommen ist, ruft dagegen: „Frankreich werde dupiert.“ In Deutschland gestörten Ausnahmebestimmungen das Ergebnis des Achtstundengesetzes. Bressmann verlangte Aufklärung, was es auf sich habe mit den zwei Heberkunden, die man in Deutschland fürs Vaterland arbeite. Der Abgeordnete Weiller muß unter schallendem Gelächter der Kammer seine Behauptung zurückziehen, weil er keine Beweise dafür bringen kann.

Der Sozialist Mistral erklärt: Unsere Freunde aus Essay-Vobringen haben uns bestätigt, daß die Ausnahmen, die in Deutschland gegenüber dem Achtstundengesetz gemacht werden, nur in den besetzten Gebieten erfolgen und von den französischen militärischen Behörden begünstigt wurden.

Arbeitsminister Colliard gestand dann, über die zwei Zusatzstunden in Deutschland habe er keine genaue Bestätigung.

Der Zweck der Erfindung, die durch den französischen Handelsminister Clement offiziell verbreitet worden ist, den Achtstundentag in Frankreich zu stützen, wo er kürzlich unter dem Druck der Arbeiterschaft von dem Parlament zugestimmt worden mußte.

Außerdem hat man sich in der Kammer über die Zulassung Deutschlands zur Washingtoner Arbeitskonferenz im Oktober unterhalten. Der französische Arbeitsminister Colliard erklärte:

Nach Washington haben wir auch Deutschland eingeladen. Auch Oesterreich wird in Washington vertreten sein. Die internationale Kommission hat selbstverständlich die Möglichkeit, die bereits getroffenen Bestimmungen abzuändern, aber das, was erreicht ist, bedeutet doch immerhin schon einen sozialen Fortschritt. Um eine hässliche Verdrängung zwischen den einzelnen Völkern auszuweichen, ist ein internationales Bureau vorgesehen worden, und außerdem soll ein internationaler Gerichtshof eingesetzt werden.

Von einer Einladung der deutschen Gewerkschaften ist uns bisher nichts bekannt geworden. Der französische Arbeitsminister hat an anderer Stelle seiner Rede auch nur davon gesprochen, daß die Alliierten sich damit einverstanden erklärten, den Gedanken der Zulassung von Vertretern Deutschlands binnen kurzer Zeit anzunehmen. Inzwischen kann der Oktober glücklich vorübergehen, der die Washingtoner Konferenz in Tätigkeit setzen soll.

Wenn die Alliierten sich nicht beeilen, werden dann auch die skandinavischen und schweizerischen Arbeiter in Washington nicht vertreten sein. Sie haben ihre Reise von der Einladung an die deutschen und österreichischen Arbeiter abhängig gemacht.

Notizen.

Belegung des Wuppertalverbandes. Nach 14tägiger Dauer ist am Freitag nach Einigungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Reichskommissars Sebering zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Zustand im Wuppertaler Buchdruckergewerbe beigelegt worden. Den Gehilfen wurde unter anderem anstatt der tariflich festgelegten 10 M. und der von ihnen geforderten 25 M. Wochenzulage eine solche von 21 M. bewilligt. Am Freitag ist die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Handelschule in Nürnberg. Aus Nürnberg wird gemeldet: Die von der Stadt Nürnberg errichtete Handelschule wird am 15. Oktober d. J. eröffnet.

Leuerungszulagen vor der Landesversammlung. Die Beratung der Leuerungszulagen soll am Mittwoch oder Donnerstag begonnen werden. Sie mußte so lange hinausgeschoben werden, weil die Vorberhandlungen der Staatsregierung mit der Reichsregierung noch nicht völlig abgeschlossen sind und der Finanzminister Dr. Südekum am Montag und Dienstag an einer Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister in Bamberg teilnehmen muß.

Oberleutnant Hofrichter beurlaubt. Der Präsident der Wiener Nationalversammlung hat dem seinerzeit wegen Giftmordversuchs an einer Anzahl von Generalstabsoffizieren verurteilten ehemaligen Oberleutnant Adolf Hofrichter den Rest der Freiheitsstrafe erlassen.

Das Gold auf dem Meeressgrund. Aus Paris wird gemeldet: Die Vergungsarbeiten an dem von einem deutschen Unterseeboot Anfang 1917 an der irischen Küste versenkten U-Bootszweiger „Laurentio“ sind infolge schlechten Wetters am 1. April letzten Jahres eingestellt worden. Von der Goldladung, die der „Laurentio“ an Bord hatte und die auf 180 Millionen geschätzt wird, wurden bisher 80 Millionen geborgen.

Industrie und Handel.

Börse.

Im heutigen Verkehr traten wieder Kolonialpapiere stark in den Vordergrund, in denen sich abermals ein stürmisches Geschäft bei weiter anziehenden Kursen entwickelte. Im Vordergrund standen Neu Guinea und die Otaviwerke. Neu Guinea notierten von 316 bis 350, Otavianteile von 287 1/2 bis auf 271 und Otavianteile von 184 auf 188. Romana gingen von 2800 bis auf 3100, Deutsche Kolonialanteile von 1800 auf 1900, Siomon Salpeter von 470 auf 510, Southweist von 200 auf 212 und Raolo von 71 auf 82 1/2. Lebhaft war der Verkehr auch in Petroleumwerten und Schiffahrtspapieren. Erstere waren stärkeren Schwankungen ausgesetzt, Steava Romana stiegen zunächst von 660 auf 603 und waren nach mehrfachen Schwankungen schließlich wieder 690. Deutsche Petroleum hatten nach vorübergehender Steigerung von 10 Proz., später mit 840 ungefähr wieder den gestrigen Schlusskurs.

Auch Kanada gegen gestern mit 537 fast unverändert, nachdem das Papier bis auf 544 heraufgegangen war. Kürzliche Labal wenig verändert. Orientbahnen 4 Proz. höher, Schantung 11 Proz. höher. Am Schiffahrtsmarkt standen Hansa und Hamburg-Süd mit Verbesserungen von 4 bis 6 Proz. im Vordergrund. Am Röntgenmarkt die Werte durchwegs fest. Vorzughaft Bismarckhütte, Mannesmannröhren, Rhein Stahl und Karo-Hegenscheidt. Von Antilipapieren beherrschte Anifin 10 Proz. und Südfiter Karben 6 Proz. höher. Elektrowerte etwas anziehend. Von ehemaligen Rüstungspapieren Girsch Kupfer, Rön-Kottweiler und Orenstein u. Koppel je 4 Proz. gebessert. Kriegsanleihe weiter nachgebend bis auf 77 1/2. Die älteren heimischen Anleihen wenig verändert.

Groß-Berlin

Der Bongen-Putsch.

In dieser Zeit, die uns der Kohlenkatastrophe immer näher führt und die darum das Gemüt derer umdüstert, die zum Pessimismus neigen, ist es doppelt dankenswert, wenn man einmal so recht von Herzen lachen kann. Und obgleich ja die „radikale“ Streikerei in diesem Winter ohne Licht und Wärme ihre vollauf erlösenden Folgen zeigen wird, kann man doch keine rechte Lust gegen jenen Redner ausbringen, der lebhafte vor Eisenbahnern den Bongen-Putsch ankündigte. Schon das man in gewissen Kreisen offenbar die Pathologie, die Wissenschaft vom Putsch, bereits bis zur Einteilung der Putsche in Arten, Klassen und Grade gefördert hat, ist ein erheiternder Beweis unübersehbar deutscher Systematik und Gründlichkeit. Nun aber stelle man sich so richtig unsere Gewerkschafts-Bongen vor: In einem ästhetischen Tempel (Engelstraße 15 im Keller) hocken sie mit untergeschlagenen Beinen auf Pfeilern, die im Kreis aufgestellt sind, vollgefressen, aufgeschwemmt, in weiten blumigen Seidengewändern, gelbgesichtig, schlängelnd, hängelnurrtätig, langbeopft, die Hahnschäpfe im Munde, Pfauenfeder an der Nase: Vorstände-Konferenz. Auf dem einen Pfeiler in der Mitte der Oberbonge: Karl Legien — ein ganz anderer Sohn des Himmels. Der andere Mittelpfeiler ist leer, denn Gustav Bauer weilt als Ober-Mandarin woanders. Tiefe Stille. Nur ab und zu murmelt einer ein Wort von altertümlich-lächerlichem Klang: Disziplin, Organisation, Tarifvertrag, Schiedsspruch, Vertragstreue. Dann grummeln die anderen Zustimmung. Plötzlich klettert Bonge Umbreit, klein und bebend, herunter, zieht im Hintergrund begeistert an einer Schnur, ein Vorhang geht raselnd hoch, strahlend in bengalischem Licht erhebt der Oly Kapital und alle erheben die Stimmen zu einem wahren jammervollen Chorus der Andeutung und Verehrung.

Da säumt die neue Zeit herein. Eine Anzahl nerviger Gestalten. Hoch schwingen sie die geistigen Waffen, die sie schmetternd auf die Bongen-Schädel krachen lassen, denen das weiter aber nichts schadet. Heulend flüchten die Dämon, Hahnschäpfe und Würde im Stich lassend, aus dem Tempel, wo sich sofort der Rat der Ratlosen konstituiert. Der Putsch ist gelungen, die Bongen sind erledigt. Jubel herrscht draußen in der barrenden Menge, er pflanzt sich brausend fort durch Berlin, das Reich, Europa, die Welt. Selbst vom Mars wird die Sympathie herabbesignalisiert. Nun ist das Werk getan. Rein Mensch arbeitet mehr. Wir sind erfüllt.

Nur an der Erde stehen einige biedere Männer, die die brodelnde Menge angeguckt hat. Sie tragen keine Rüschchen vor sich und bieten unermüdlich an: „Hier noch die echt englischen, amerikanischen türkischen, ägyptischen Zigaretten — hier noch die feine amerikanische Schokolade, Marie Bongen-Putsch zum letzten Male.“ — a

Kommunalisierung der Pfandbriefe!

In jeder größeren Stadt gibt es schon lange ein städtisches Leibhaus, in Berlin sogar ein staatliches. Der Gewinn, der der Stadt nach erfolgter Kommunalisierung zufließen würde, ist durchaus nicht gering, wie folgende Berechnung erweist: Es gibt allein in Berlin ungefähr 600 Privatleibhäuser mit einem durchschnittlichen Kapital von je 100 000 M., zusammen also 60 000 000 M. Diese 60 Millionen Mark verginsen sich mit 24 Proz., ergeben mithin einen Gesamtgewinn von 14 400 000 M. für das Jahr.

Ein Risiko ist vollständig ausgeschlossen, da nach der Ablösung des Privatkapitals die Zinsen für den Lebernehmenden gleich weiterlaufen. Auch würde die Stadt bedeutend billiger wirtschaften, als die Privatbetriebe, indem sie mehrere, in einer Gegend befindliche Geschäfte zusammenlegen könnte und so an Miete und Personal erheblich sparen würde. Die Schwierigkeit der Welschung von geeignetem Personal zur Leitung der Leihhäuser wäre ebenfalls zu beseitigen, da fraglos einige der bisherigen Inhaber bereit sein würden, diese Posten zu übernehmen. Dr. S.

Auf der Hochbahn zu beachten: Stets am Wagenende stehen bleiben, ja nicht ins Innere treten. Keinen aussteigen lassen, selbst aber rückwärts stoßen und treten, wenn es so weit ist. Auf den Treppen beiseite nicht rechts gehen und solche, die es dennoch tun, fest antrempeln. Und vor allem: Schützen, immer schützen! Denn der Feind ist der, der sich erlaubt, auch irgendwohin kommen zu wollen.

Mätelhafter Morddiebstahl.

Seit heute vormittag lebt an den Villaständen eine Bekannmachung der Detektivs Grünmader und Müller, die nach Personen sucht, denen eine gleichfalls auf dem Plakat abgebildete Abbildung bekannt ist. Es handelt sich bei dieser mysteriösen Sache, wie die „B. Z.“ mitteilt, anscheinend um einen Verbrechen, dem ein bekannter Großindustrieller aus dem Rheinland zum Opfer gefallen ist.

In den Generaldirektor eines großen Werkes in Bochum machten sich in Bochum zwei Herren heran, die sich als Dr. ing. Kubermann und als Referendar Lebener vorstellten. Es wurde die Gründung einer Ausführstelle nach dem Baltikum besprochen, die in Berlin geschaffen werden sollte. Der Generaldirektor fuhr nach Berlin und nahm die Verhandlungen notwendigen Papiere, bei denen namentlich ein Geheimnis zur Fabrikation einer gewissen Ware die Hauptrolle spielt, mit sich. Er trug diese Papiere in der inneren Tasche der Weste. In Berlin haben die Herren gemeinsam eine Reise durch verschiedene Lokale angetreten, in deren Verlauf der Generaldirektor völlig betrunken wurde. Er erkannte sich in einem Kaffee gesessen zu sein, in dem seine Begleiter von dem Oberkellner ein Städtetaxi verlangten, das aber nicht vorhanden war. Dagegen war der Kellner in der Lage, über die in Frage stehende Stadt persönlich Auskunft geben zu können, da er sie genau kannte.

Auf Grund der Mitteilungen des Kellners wurde eine Zeichnung angefertigt und zwar auf einer Illustration einer Brotschäre, die der Generaldirektor schließlich in die Tasche steckte. Weiter weiß der Industrielle nichts von den Vorgängen des Abends. Er fand sich schließlich am Steinplatz wieder, wo er zu seinem Entsetzen bemerkte, daß die wichtigen Geschäftspapiere aus der Innentasche der Weste fehlten. Seine Vriestafel mit großen Geldbeträgen, Uhr und Ringen hatte er bei sich. Es handelt sich also nicht um eine Verabredung in gewöhnlichem Sinne, sondern um eine groß angelegte Geschäftsplionage.

1000 Mark Belohnung.

Eine wilde Jagd nach einem Mörder lief gestern (spät abends) in der Rinsstraße große Aufregung herauf. Dort war in dem Butterschiff von Davidsohn Nacht, eine 21 Jahre alte Charlotte Niehmehl als Verkäuferin eingestellt. Als sie gestern Abend um 8 1/2 Uhr allein im Laden war, erschien plötzlich der 22 Jahre alte Polizeisicherheitsrat Fritz Dahlmann aus der Kaserne in der Prinz-Friedrich-Karl-Straße und streckte sie aus verhängelter Liebe mit drei Schüssen aus seiner Armeedienstpistole nieder, weil sie vor einigen Tagen das Verlöbnis mit ihm gelöst hat. Das Mädchen wurde so schwer getroffen, daß es schon auf der Rettungswache in der Landsberger Straße starb. Der blutige Vorgang wurde von der Straße her bemerkt und löste gleich eine Menschenmenge heran. So sah der Mörder den Ladeneingang verperrt und floh deshalb die Hintertreppe hinauf. Ueber Häuser und Dächer wurde die Verfolgung des Mörders fortgesetzt, bis er endlich durch eine Bodenluke verschwand, dort ging die Spur verloren. Die

Kolletz herrte den ganzen Häuserblock ab und suchte alle Gebäude und besonders die Dächer bis in die Nacht hinein ab. Dahlmann war aber nicht mehr zu finden. Der Flüchtige ist 1,65 Meter groß, hat mittelblondes Haar und ein barloses Gesicht, trägt grüne Uniform mit Wädelgamaschen und schießt auf dem linken Auge. Angaben, die zu seiner Ermittlung dienen können, nehmen die Kriminalkommissare Poese und Legimecher entgegen. Die Leiche des erschossenen Mädchens wurde nach dem Schauplatz gebracht. Der tödliche Schuß traf in die linke Brust. Auf die Ergreifung Dahlmanns ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Die Schutzmännchen und Mägenwappen. Das Ministerium des Innern teilt mit, daß die „königlichen“ Ändpe und Wappen der von schon 1915 bestellten, aber erst jetzt gelieferten Uniformen gehören. Nachbestellungen seit der Revolution seien nicht erfolgt, auch nicht an Helmen. Wegen Herstellung republikanischer Ändpe usw. werde schon verhandelt. Die Vorräte würden nur aus Sparsamkeitsgründen aufgebraucht. Die Dienststelle, die einen Untergebenen durch Entlassungsandrohung gezwungen haben soll, sich für schuldig zu lassen, möge man nennen, damit sie zelluliert werde.

Der Leichenfund im Teltow-Kanal aufgefährt. Der Fund eines Mädchensleiche im Teltow-Kanal, der den Verdacht eines Kapitalverbrechens erweckte, ist jetzt bestimmt aufgefährt. Die Leiche ist in Wirklichkeit eine Arbeiterin Helene Erdmann aus der Rathenowstraße 21, die in einem Hotel in der Friedrichstraße beschäftigt war. Die Obduktion hat ergeben, daß sie ertrunken ist, und daß die schweren Kopfverletzungen erst nach dem Tode entstanden sind, wahrscheinlich durch Bootshaken oder Dampfersehrauben. Das Mädchen, das so schwer gallensteinleidend war, daß es schon acht Tage lang von seiner Dienststelle fernbleiben mußte, ging häufig haben und trug auch, als man die Leiche fand, unter ihrer Kleidung einen Badeanzug. Ob es verunglückt oder in der Bergaufung über sein Leben freiwillig in den Tod gegangen ist, läßt sich nicht sagen.

Einbrecher mit einem Kraftwagen erbeuteten in der gestrigen Nacht in dem Radengeschäft von Michaelis in der Lennest. 4 für 70 000 M. Kostüme, Stoffe und Seide. Es waren vier Mann. Sie schafften die Beute mit einem Privatauto weg, das während ihrer „Arbeit“ eine Viertelstunde lang vor dem Hause gehalten hatte. Der Verstoßene zählt 10 Proz. Belohnung.

Edmalzlieferung. Nicht 80, sondern 60 Faß a 3 Zentner wurden durch Polizeiwachtmeister Brunwald auf dem Steglitzer Güterbahnhof beschlagnahmt. Die Ware wurde der Poststelle Groß-Berlin überwiesen.

Berichtigung. In dem Verfallungsbericht unserer heutigen Morgenausgabe muß es unter Charlottenburg natürlich heißen, daß die Oppositionsredner sich in negativem (nicht „unpassivem“, wie der Druckfehlerheute! sagt) Kritik ergingen.

In Lichtenberg muß es heißen, daß die unabhängigen „Freiheits“ haben (nicht „Einheits“) haben, wie wir (schreiben) das Schlusswort niederbrüllten.

Rachgutragen ist noch, daß nicht in der Wabstraße, sondern in der Wabstraße die Versammlung einen sehr sachlichen Verlauf nahm.

Treppe-Eternwarte. Sonnabend, 5 Uhr: „Am Lande der Schwanen“ (Dsch. Subanlim). Sonntag, 3 Uhr: „Das bayerische Volkslied und die Königschloster“ (Hilme); 5 Uhr: „Mairöse, Hirschen und Wägen“ (Hilme); 7 Uhr: „Ferienstage an der Ostsee, in der Schönen Schmelz und im Spreewald“ (Hilme). Dienstag, 7 Uhr: „Die Sternbilder und praktische Anleitung zu ihrer Auffindung“ und „Witwuh, 7 1/2, Uhr: „Neuere Anschauungen über die Entdeckungsgeschichte der Planeten“ (Vorträge mit Lichtbildern von Dr. Dr. Archenhold).

Charlottenburg. Stadtverordnetenversammlung. In den Ausschuss für die wirtschaftliche Beihilfe für heimkehrende Kriegsgefangene werden neben 2 Magistratsmitgliedern und 4 ehemaligen Kriegsgefangenen auch 2 Stadtverordnete aufgenommen. Charlottenburg hat schätzungsweise für 8-4000 Heimkehrer 450 000 M. aufzubringen. 83 000 M. stehen aus einer Spende zur Verfügung, so daß die Stadt noch 417 000 M. aufbringen muß. — Das Charlottenburger Bürgerhaus hat sich nach und nach zu einem Städtchen entwickelt. Die Ausübung des Pflanzdienstes soll im Interesse der Kranken und Steden künftig ausschließlich durch ausgebildete Schwestern erfolgen. Gen. Vorlich erhebt Einspruch dagegen, daß die Schwestern aus Landsburg geholt werden sollen. Das steht mit den Bestimmungen des Demobilisationsamtes in Widerspruch und dürfte nur dann geschehen, wenn in Charlottenburg und Groß-Berlin nicht qualitativ gleichwertige Schwestern zu haben sind. Er wendet sich gegen den Vorwurf der Magistratsvorlage, daß das Pflanzpersonal nicht in vollem Umfange seine Schulpflicht tue und nicht genügend Rücksicht auf den Kranken gegenüber zeige. Die Unstimmigkeit zwischen Personal und den letzten Oberbeschwerden sei vielmehr darauf zurückzuführen, daß die Demen nur sehr schwer mit den alten sieben Gemeindefürsorge in Bezug auf die Behandlung des Personals brechen können. Die Vorlage wird einem Ausschuss überwiesen. Zur Vorlage bez. Errichtung von Kleinwohnungs-Vielzweckbauten führt Gen. Dr. Rosenfeld aus, daß davon erst in Jahresfrist ein Erfolg auf dem Wohnungsmarkt zu erwarten, bei der großen Not aber schnelle Hilfe nötig ist. Die vorhandenen Räume müssen in einer das soziale Gefühl befriedigenden Weise benutzt und rationiert werden. Die große Zahl von Kuzuzwohnungen verpflichtet uns zu energischem, sofortigen Vorgehen. Er verlangt, daß in einem Ausschuss von 15 Personen die Frage der Zivildienstleistungen beraten wird, ferner sofortige Räumung der von Militärbehörden, Kriegsgesellschaften und Magistratsstellen benutzten Wohnräume, Verlegung der Bureau, in Baracken, zwangsweise Beschlagnahme größerer, wirtschaftlich nicht voll ausgenutzter Räume, sofortige Beschlagnahme aller Häuser von Spielflächen benutzten Räume und ihre Teilung in Kleinwohnungen. Die Vorlage wird einem Ausschuss übergeben. Für die am 1. Oktober stattfindende Wahl der unbesetzten Magistratsmitglieder sind von uns vorgeschlagen die Gewissen: Ahrens, Dr. Suhmann, Dr. Benzig und Gebert.

NeußAn. Zur Eröffnung der Volkshochschule. Am Sonnabend, 7 1/2 Uhr abends, wird Volkshochschullehrer Herr Dr. Kappstein in der Aula der Realschule, Raddinstr. 34/41, einen Vortrag halten über das Thema: „Was können Gemeinde und Bürgerchaft für das Volkshochschulwesen tun.“ Eintritt unentgeltlich.

NeußAn. Jugendbeweise am 28. September, 11 Uhr vormittags, in der Realschule Raddinstr. Karten sind noch in den beiden Vorwärts-Expeditionen erhältlich.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift liegt der heutigen Postausgabe bei.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Kriegsbrüder. Infolge Ueberlieferung sind zur Aufhebung eines sogenannten eigenen Bestandes 20 B und 20 Kilo pro Kopf zur Ausgabe auf Abschnitt II der Warenbezugskarte.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrenden. Nächste Sitzung erst am 27. d. Mt. Referent: Redakteur Bernath.

Lichtenberg. Große Gedächtnisfeier unter Mitwirkung des Berliner Tereall und Hel. Maria Schlimann (Selang) Sonnabend, den 27., abends 7 Uhr, im „Café Bellevue“, Hauptstr. 2. Eintrittsfrei. In der Aula bei den Abteilungsmitgliedern und Vereinstagungen, sowie beim Gen. T. A. u. b. e. r. i. Schwanenberk. 62.

Wedding. Die Veronastaltungen im Jugendheim, Rölliger Str. 33, können aus technischen Gründen nicht mehr stattfinden. Der Vortrag „Die französische Revolution“ findet am Mittwoch abend 7 Uhr im Lokal an Sa. He. Andover Str. 2 b, statt.

